

Jahresbericht 2019

Situation aufgrund Corona

Zurzeit beherrscht das Thema Pandemie und Corona/Covid-19 den ganzen Kanton – ja gar die ganze Welt. Deshalb ist auch die BKSE von den Massnahmen betroffen. Die MV wird dieses Jahr ausgesetzt und wir hoffen, dass dies so von allen Mitgliedern aufgrund der ausserordentlichen Situation akzeptiert wird. Wir fordern die wesentlichsten Entscheide auf schriftlichem Weg von unseren Mitgliedern ein. Der vorliegende Jahresbericht ist die Basis für die Berichterstattung zum vergangenen erfolgreichen Vereinsjahr, wir hoffen auf Ihr Verständnis für die ausserordentliche Entscheid-Findung und die Art der Kommunikation.

A. Bericht des Co-Präsidiums

Das Frühjahr 2019 war geprägt vom konstruktiven auf Information und Diskurs beruhenden Widerstand gegen die Sparpläne des Kantons im Bereich des Sozialhilfe-Grundbedarfs. Das Berner Volk hat mit dem Abstimmungsergebnis und dem Bekenntnis für die Sozialhilfebeziehenden und gegen den weiteren Abbau des Wohlfahrtsstaates ein klares Signal gesetzt, welches auch weit über die Kantonsgrenzen hinaus von den in der Sozialen Arbeit Tätigen dankbar wahrgenommen wurde. Es ist uns gemeinsam gelungen, der politischen Entsolidarisierung der Gesellschaft einen Dämpfer zu verpassen und Fakten in den ansonsten emotional geführten Abstimmungsprozess einzubringen. Die Abstimmung vom Frühling 2019 (SHG und Volksvorschlag) stellte eine Bewährungsprobe für die BKSE und ihre vielfältigen Netzwerke und Zusammenarbeitspartnerschaften dar. Die BKSE kann nach diesem Ergebnis gegen innen und aussen gestärkt und zuversichtlich weitermachen. Die Themen fehlen nicht, so steht zurzeit der Disput um den Selbstbehalt der Gemeinden in der Sozialhilfe an, welcher erneut politisch faktenfern diskutiert wird.

Die BKSE hat im vergangenen Jahr ihre finanzielle „Nabelschnur“ zum Kanton gekappt und segelt nun strategisch und finanziell eigenständig und hochseetauglich dank der moderaten Erhöhung der Mitgliederbeiträge, welche an der MV im Mai 2019 einstimmig angenommen wurden. Herzlichen Dank für diesen Vertrauensbeweis. Weiter ausgebaut wurde die Netzwerkarbeit zu verschiedenen Organisationen und die Zusammenarbeit mit dem VBG, dem Verband der Berner Gemeinden. Kantonal wurde sowohl auf Ebene Regierungsrat, Direktionen wie auch mit den verschiedenen Verwaltungseinheiten, welche für die BKSE-Zusammenarbeit von Belang sind, themenspezifische Kontakte gepflegt und Gespräche geführt. Die BKSE hat sich in verschiedenen Arbeitsgruppen stark und pointiert engagiert. Mehr dazu finden Sie unter den nachfolgenden Ressort-Berichten.

Thomas Michel und Daniel Bock, Co-Präsidium



B. Kindes- und Erwachsenenschutz (KES)

Grundsätzlich stellt die BKSE fest, dass sich die Zusammenarbeit mit den 12 KESB(en) im Kanton gefestigt hat. Es liegt in der Natur der Sache, dass es unterschiedliche Sichtweisen gibt, die nicht zuletzt darin begründet sind, dass die Aufträge und Rollen verschieden sind. Entsprechende fachliche Auseinandersetzungen schärfen die Wahrnehmung und führen zu einer guten Wirkung im Feld.

Folgende Schwerpunkte wurden vom Ressort bearbeitet:

Regionalisierung: Den Mitgliedern des Ressorts ging es bei der zu diesem Thema lancierten Befragung der Sozialdienste darum, rechtzeitig eine fachliche Auseinandersetzung mit der Thematik „Regionalisierung von Aufgaben Sozialer Dienste“ anzustossen. Der Rücklauf war ermutigend und zeigte, dass sich 68% durchaus eine Art von Regionalisierung vorstellen könnten. Mehrheitlich genannt wurden Unterhaltswesen/Alimente, Pflegekinderwesen, Sozialhilfeinkasso, PriMa und Rechtsdienst. Das Ressort bleibt dran - ein Pilotprojekt ist geplant.

Gesetz über die Förder- und Schutzleistungen für Kinder und Jugendliche FSG:

Vertreter der BKSE arbeiteten bei den durchgeführten Tischgesprächen mit. Das Ressort beteiligte sich an der Vernehmlassung.

Bernisches Behindertenkonzept (Berner Modell/VIBEL): Im Konzept „Berner Modell“ wurden die Anliegen der BKSE nur mangelhaft übernommen, eine diesbezügliche Stellungnahme der BKSE wurde an das ALBA geschickt.

Austausch KJA/BKSE: Themen zur Evaluation ZAV, Regionalisierung und interdirektionale Zusammenarbeit diktierten die Agenda.

2 tripartite Treffen BKSE/KESB-GL/KJA fanden statt: An diesen Austauschtreffen fliessen immer wieder Anliegen aus den Regionalgruppen ein, denn es geht nicht zuletzt auch darum, den Vertretungen des Kantons zu veranschaulichen, welche unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Regionen auf die Qualität und Quantität der Ergebnisse wie auch Bedürfnisse der Sozialdienste Einfluss haben (und nehmen). Folgende Themen standen im Fokus dieser Austauschtreffen: Support von Sozialdiensten mit kritischer Betriebslage durch andere Sozialdienste, Ausbau eines gegenseitigen Supports unter den Sozialdiensten, Erkenntnisse aus dem Monitoringbericht ZAV, Stand Beschwerden Infrastrukturkosten, Elternberechnungstool (einheitliche Handhabung), Regionalisierung, Unterstützung bei der Inventarisierung der SD durch die KESB und Umgang mit der Zusatzkostenpauschale von CHF 100.00/Tag bei Spitälern und Heimen für vermögende Personen.

Daniel Bock



C. Individuelle Sozialhilfe

Broschüre zur Sozialhilfe

Im Rahmen der SHG-Revision wurde zur Versachlichung der öffentlichen Diskussionen die Broschüre «Sozialhilfe – kurz und gut erklärt» erarbeitet und in beiden Amtssprachen veröffentlicht. Sie ist nach wie vor aktuell und kann nachbestellt werden (kostenpflichtig). Die Arbeit war wertvoll und hat gezeigt, dass Aufklärung dazu beitragen kann, dass auch komplexe Zusammenhänge vereinfacht aber richtig dargestellt zu politischer Akzeptanz führen können.

Zusammenarbeit mit dem Kanton im Bereich Sozialhilfe

Regelmässig werden Gespräche mit dem AIS (vormals SOA), dem kantonalen Amt für Integration und Soziales geführt. An diesen Quartalsgesprächen werden die aktuell anstehenden Themen rund um die Sozialhilfe diskutiert und Lösungsansätze gesucht oder Konflikte geklärt. Es ist nur normal, dass zwischen regelsetzenden/kontrollierenden Instanzen und den Ausführungsstellen mit eigenem Kompetenzbereich immer wieder Klärungsbedarf besteht.

- 2019 waren es die Zahnarztkosten, welche das erste Halbjahr besondere Aufmerksamkeit forderten. Das neue System der Kosten- und Leistungsüberprüfungen ist noch im Aufbau und muss sich bewähren und evaluiert werden, bevor allenfalls nötige Anpassungen vorgenommen werden.
- Eine Bedarfsumfrage der BKSE zur Thematik der Vertrauenszahnärzte und Vertrauenspsychiater wurde durchgeführt und besprochen.
- Im Bereich der uneinbringlichen Kosten für medizinische Notfallbehandlungen wurden Vollzugsfragen geklärt und der Informationsfluss verbessert.
- Fragen rund um die DWH (Kostenstatistik zur Sozialhilferechnung der Gemeinden) wurden ebenso behandelt wie auch Fragen rund um die neue SUVA-Unfallversicherungspraxis im Arbeitsintegration.
- Regelmässig stellt die BKSE ihre Themen dem Kanton vor und der Kanton informiert im Rahmen der Verwaltungs-Zusammenarbeit über seine laufenden Projekte, soweit diese bereits spruchreif sind (z.B. Sozialrevisorat, Neues Fallführungssystem, BSIG...).

Guidelines IV-Sozialhilfe

Die mit dem jährlichen Austausch mit der IV einhergehende Umfrage bei den Sozialdiensten ergab erfreulicherweise wiederum verbesserte Bewertung der eh schon guten Zusammenarbeit. Die gemeinsam entwickelten Instrumente werden aber noch ungenügend genutzt. So wäre es wichtig, dass die Sozialdienste die Arbeitsinstrumente rund um den Bericht und die Rückmeldeformulare der IV tatsächlich gebrauchen. Nur so können die avisierten Effekte erreicht werden. Die BKSE muss da bei ihren Mitglieder-Sozialdiensten noch einmal nachdoppeln und Aufklärungsarbeit leisten. Der Austausch mit der IV ist weiterhin sehr konstruktiv und wird gegenseitig wertschätzend geführt. In der Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wurden erste Schritte für regionale Austauschgefässe mit klaren Verantwortlichkeiten unternommen. Noch stehen – auch aufgrund der laufenden kantonalen Strukturveränderungen – Resultate dieser an der Basis verbesserten Zusammenarbeit aus.



Weitere Impulse aus dem Ressort:

Intensiv haben sich die Mitglieder des Ressorts auch mit der laufenden SKOS-Richtlinien-Revision auseinandergesetzt und die entsprechende Vernehmlassung erarbeitet.

Im Rahmen der BKSE-Vorstandsretraite hat das Ressort Sozialhilfe die eigene Roadmap überarbeitet. Wichtige Etappe ist dabei eine zusammen mit dem Ressort institutionelle Sozialhilfe avisierte Veranstaltung im 2020 rund um die Thematik Arbeitsintegration, Soziale Integration und Beschäftigung unter Einbezug der Regionen.

Thomas Michel, Co-Präsident, Ressortleitung individuelle Sozialhilfe

D. Institutionelle Sozialhilfe

Das Ressort Institutionelle Sozialhilfe hat sich 2019 nochmals mit dem Gesetz zum sozialen Leistungsangebot auseinandergesetzt. Dabei zeigte sich, dass dieses Gesetz umfassend ist und verschiedene Aspekte beinhaltet. In einer ersten Fassung wurde der Gesetzesentwurf kritisch gewürdigt und mit dem entsprechenden Kommentar zurück an die Gesundheit, Sozial und Integrationsdirektion (GSI) gewiesen. Es wurde damit begründet, dass verschiedenen Rechtsgrundlagen in Revision/Überarbeitung waren und sich gegenseitig beeinflussten und das in einem besonderen Mass eine Koordination benötigte damit keine Widersprüchlichkeiten und Rechtsunsicherheiten geschaffen wurden. In der Folge lud die GSI zu zwei Workshops ein. Dabei wurden die Anliegen der BKSE weitgehend aufgenommen. Die Veranstaltungen waren konstruktiv und unsere Fachlichkeit wurde gewürdigt.

Weiter hat sich die Arbeitsgruppe mit der Arbeitsintegration auseinandergesetzt. Anlässlich der Retraite der BKSE wurde ein Input gegeben. Anschliessend wurden in Gruppenarbeiten Kernaspekte zur Arbeitsintegration zusammengetragen. Daraus entstand ein Merkblatt zum Verständnis der BKSE zur Arbeitsintegration und eine Checkliste für Sozialdienste, damit diese ein möglichst praxisnahes Tool erhalten, um die Arbeitsintegration vor Ort umzusetzen. Das Merkblatt wurde im Vorstand der BKSE verabschiedet. In der Folge soll das Papier im Frühjahr 2020 der AIS/GSI als fachliche Stellungnahme offiziell übergeben werden. Besonders mit bei der Arbeitsintegration zeigte sich, dass die Sozialhilfe unterschiedlich ausgestaltet sein kann wie das Beyeler (2020) treffend ausführt:

Einerseits gibt es den Ansatz, dass die Sozialhilfe als garantierter Rechtsanspruch für alle gilt. Der Staat soll durch den Zugang zu einem Mindesteinkommen Armut bekämpfen, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse verhindern und dadurch eine egalitäre, inklusive Gesellschaft fördern. Die Ursache der materiellen Abhängigkeit liegt, so die Annahme, in strukturell bedingten Problemen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft und ist nicht selbstverantwortet. Die Sozialhilfeleistungen soll daher universell verfügbar, nicht an Bedingungen geknüpft sowie hoch genug angesetzt sein, um die sozialen Teilhaberechte aller zu sichern.

Andererseits der Workfare Ansatz, der die Selbstverantwortung sowie ein hohes Arbeitsethos betont. Arbeit gilt als die Quelle von Selbstverantwortung und als Bedingung gesellschaftlicher Anerkennung. In der Regel wird bei diesem Ansatz stark zwischen Armutsbetroffenen unterschieden, die Unterstützung verdienen würden, und solchen, die dies nicht tun. Die



bevorzugten Problemlösungen tendieren denn auch zur Unterscheidung verschiedener Anspruchsgruppen in Bezug auf die ihnen zustehenden Leistungen. Unterstützung solle dabei vor allem diejenigen zustehen, die diese auch „verdienen“. Für die anderen seien die Leistungen möglichst unattraktiv auszugestalten und streng zu kontrollieren. Bei ungenügenden Bemühungen um Arbeit seien Sanktionen zu ergreifen. Sehr zentral in dieser Perspektive ist die Forderung, dass sich Arbeit lohnen muss.

Im Jahr 2019 zeigte sich auch in der Arbeitsgruppe, dass sich ein dritter Weg zu entwickeln scheint. Es ist der Ansatz der mit dem „Fordern und Fördern“ umschrieben werden kann. Dieser Mittelweg geht einerseits von der individuellen Mitverantwortung an der eigenen Situation (Fordern) aus und anerkennt andererseits aber auch, dass die Situation des Einzelnen auf gesellschaftlich und ökonomisch begründeten strukturellen Nachteilen beruht, die durch staatliche Interventionen ausgeglichen werden sollen (Fördern).

Schliesslich zeigte sich insgesamt, dass Vernehmlassungen umfangreich und komplex sind und häufig unter hohem Zeitdruck durchgeführt werden müssen. Das forderte die Mitglieder der Arbeitsgruppe inhaltlich und zeitlich heraus.

Urs Hofer

E. Weiterbildungen

Berner Fachhochschule (BFH)

Für die BKSE ist ein guter Austausch und eine gezielte Zusammenarbeit mit BFH wichtig. An Treffen im Mai und im November 2019 wurden aktuelle Informationen ausgetauscht und Kooperationsabsprachen getroffen. Das Jahr 2019 stand ganz im Zeichen des Wechsels in der Departementsleitung Soziale Arbeit. Nach der Pensionierung von Johannes Schleicher übernahm nun Anna Maria Riedi die Führung des Departements. Erfreulicherweise kann die Zusammenarbeit im gleichen Mass fortgesetzt werden. Die Kooperationsvereinbarung wurde ausdrücklich von beiden Seiten bestätigt.

Im 2019 wurde die Überarbeitung des Studiengangs zum Bachelor Soziale Arbeit initiiert.

Weiterbildungsanlass

"Gut gestartet ist halb gewonnen – über eine erfolgreiche Fallaufnahme in der Sozialhilfe" war der Titel der Weiterbildungsveranstaltung am 6. November 2019. Eine rekordhohe Zahl von knapp 100 Teilnehmenden bestätigte, dass dieses Thema in der Praxis offensichtlich einen hohen Stellenwert hat. Und das ist richtig so. Der Weiterbildungstag bestätigte tatsächlich, dass ein sorgfältig gestalteter Beginn der Start in eine erfolgreiche Beratung darstellt. Mit verschiedenen Impulsen aus Theorie und Praxis vermittelte die Tagung konkrete Anregungen, worauf Sozialdiensten bei der Fallaufnahme achten müssen, damit dieser wichtige Verfahrens- und Beratungsschritt auf "Gewinnkurs" gebracht werden kann.

Thomas Egger



F. IT, Informatik

Der Vorstand der BKSE bildete im Herbst 2018 das Ressort IT. Der Ausschuss soll sich mit dem Thema IT in den Sozialdiensten, vor allem bezüglich einer einheitlichen Fallführung, befassen. Das Thema nahm ab Mitte 2019 mehr Raum ein. Die GSI lud zu Sitzungen ein, um das Projekt Neue Fallführung Sozialdienste NFFS aufzugleisen. Die BKSE arbeitete in den entsprechenden Gremien mit und trug dazu bei, dass das Projekt NFFS der GSI gut gestartet ist. Die BKSE und der VBG haben intensiv bei der Erarbeitung der Projektgrundlage *Strategische Ausrichtung und Ziele des Projekts „Neue Fallführung der Sozialdienste im Kanton Bern“* mitgearbeitet. Das Dokument konnte im Januar 2020 durch die drei „Parteien“ unterzeichnet werden. Parallel hat die GSI ein externes Beratungsbüro mit der Durchführung einer Studie zur IT-Situation der Sozialdienste beauftragt. Im Rahmen dieses Auftrages wurden mehrere Sozialdienste interviewt. Die BKSE wird das Projekt eng begleiten.

Sandro Stettler

G. Handbuch Sozialhilfe

Im Online-Handbuch Sozialhilfe werden die darin aufgeschalteten Vollzugsregelungen – die Stichworte der Berner Konferenz – gemeinsam mit dem Kanton laufend aktualisiert und allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Folgende Stichwörter wurden im 2019 überarbeitet:

- Ausländische Staatsangehörige
- Aus- und Weiterbildung
- Auskünfte / Schweigepflicht
- AHV-/IV-/EO- Leistungen für AusländerInnen
- AHV-/IV-/EO- Mindestbeiträge
- BVG allgemein
- BVG Freizügigkeit
- Elektronische Medien
- Energie/Wasser
- Entschädigung für Haushaltführung
- Ergänzungsleistungen EL
- Erwerbsunkosten
- Familienzulagen
- Gemeinsame elterliche Sorge
- Gerichtskosten
- Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL)
- Häusliche Gewalt
- Justizvollzug und Arbeitsentgelt
- Kinderbetreuung (ambulant)
- Konkubinats
- Kürzungen
- Nebenkosten in stationären Kinder- und Jugendeinrichtungen
- Nicht gedeckte Krankheits- und Gesundheitskosten
- Persönliche Dokumente
- Sozialhilfeabkommen mit Frankreich



- Sprachkurse
- Stationäre Aufenthalte
- Subsidiarität
- Todesfälle
- Übertragungsmodalitäten
- Verkehrsauslagen
- Vermögen
- Wochenend- u. Ferienaufenthalt von Kindern
- Zahnbehandlung

Melanie Wyss, Geschäftsleiterin

H. Vernehmlassungen, Konsultations- und Mitwirkungsverfahren

Die BKSE wurde im 2019 insgesamt 13-mal um eine Stellungnahme in Vernehmlassungs-, Konsultations- und Mitwirkungsverfahren sowie zu sonstigen Weisungen des Kantons gebeten:

Titel	Empfänger	Eingabe
Informelle Konsultation Fachstellenbestätigungen Betreuungsgutscheine	GEF/SOA	17.03.2019
Kurzconsultation BSIG Übernahme von Zahnarztkosten durch die Sozialhilfe ab 01.05.2019	GEF/SOA	23.03.2019
Änderung der Kantonsverfassung (KV) und des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft	JGK	28.03.2019
BSIG Abrechnung Lastenausgleich Sozialhilfe für das Jahr 2019	GEF	17.05.2019
BSIG Für die Sozialhilfe zuständige Gemeinde und Übernahme uneinbringlicher Kosten für medizinische Notfallbehandlungen	GEF/SOA	20.05.2019
Gesetz über die zentralen Personendatensammlungen (Personendatensammlungsgesetz, PDSG)	vbg	30.07.2019
FSG, Artikel 5	vbg	26.08.2019
Informelle Konsultation Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG)	GEF/RA	19.09.2019
Revision des Volksschulgesetzes (REVOS)	ERZ	31.10.2019



Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (EG KUMV).	JGK	07.11.2019
Broschüre „Häusliche Gewalt – Was kann die Schule tun“	POM	29.11.2019
Vorabklärungen zur Umfrage "Überschreitung der Mietzinslimiten"	GEF/SOA	16.12.2019
Richtlinienrevision SKOS	SKOS	17.12.2019

I. Verein

Mitgliederbestand per März 2020:

Insgesamt besteht die BKSE aus 141 Mitgliedern (Vorjahr: 150).

- Es sind alle 66 Sozialdienste des Kantons Bern Mitglied bei der BKSE (Vorjahr: 66)
- 4 soziale Institutionen (Vorjahr: 4), die wirtschaftliche Hilfe nach SHG ausrichten,
- 30 Einzelpersonen (Vorjahr: 37) als Passivmitglieder
- 30 Gemeinden bzw. Sozialbehörden (Vorjahr: 32),
- 7 Bürgergemeinden/Zünfte (Vorjahr: 7) sowie
- 4 weitere soziale Institutionen (Vorjahr: 4)

Die Information der Mitglieder erfolgt hauptsächlich über elektronische Newsletter in beiden Amtssprachen sowie die Homepage www.bernerkonferenz.ch. Auf Facebook werden aktuelle Medienberichte zur Sozialhilfe und zum Kindes- und Erwachsenenschutz gepostet.

J. Vorstand und Geschäftsstelle

Der Vorstand hat 7 Sitzungen, eine Mitgliederversammlung mit dem Kantonalen Jugendamt sowie eine ganztägige Retraite durchgeführt. Den Schwerpunkt der Retraite bildete das Thema Arbeitsintegration und Beschäftigung. Daraus resultierte ein vom Vorstand der BKSE erarbeitetes Positionspapier Arbeitsintegration, Beschäftigung und soziale Integration im Kanton Bern. Der Ausstieg aus dem Leistungsvertrag der GEF (Mitfinanzierung der Geschäftsstelle zur Führung des Handbuchs Sozialhilfe/der BKSE-Stichworte im Sozialhilfebereich) führt zu einer Veränderung der Grund-Finanzierung des Verbandes. An der Mitgliederversammlung 2019 erfolgten im Rahmen der Budget-Entscheide die entsprechenden Weichenstellungen einstimmig. Die MV wurde auch dazu genutzt, die Grundlagen des Verbandes zu dokumentieren, die Zusammenarbeit auf allen



Verbandsebenen zu intensivieren und die dafür nötigen Verantwortlichkeiten gemeinsam mit dem Vorstand zu diskutieren und zu regeln.

Auch der Herausforderung rund um die Zweisprachigkeit hat sich die BKSE angenommen. Die Infos/Newsletter der BKSE werden alle übersetzt und erstmals wurden sowohl MV wie Bildungsveranstaltungen simultan übersetzt. Die Kosten werden solidarisch von allen BKSE-Mitgliedern getragen – die frankophonen Mitglieder danken es durch eine deutlich verbesserte Teilnahme an diesen Anlässen.

K. Vorstandsmitglieder

Aerni Béatrice, Dienstleiterin Sozialdienst Kinder und Jugendliche Thun

Berger Kurt, Abteilungsleiter Soziale Dienste Spiez

Bianchet Bruno, Abteilungsleiter Erwachsenen- und Kinderschutz Biel

Bieri Markus, Leiter Sozialabteilung Frutigen

Bock Daniel, Co-Präsident BKSE, Leiter Abteilung Soziales Ostermundigen

Diethelm Barbara, Abteilungsleiterin Sozialdienst Oberes Emmental

Eggler Thomas, Vorsteher Sozialamt Stadt Langenthal

Flückiger Daniel, Bereichsleitung Sozialarbeit Münsingen (bis Februar 2020)

Frei Daniel, Leiter Regionale Sozialdienste Niederbipp

Hofer Urs, Leiter Abteilung Soziales Ittigen

Jean-Quartier Caroline, Leiterin Sozialdienst La Neuveville

Läderach Daniel, Leiter Abteilung Soziales Köniz

Lüthi Heinz, Leiter Sozialdienste Lyss (bis Mai 2020)

Michel Thomas, Co-Präsident BKSE, Leiter Abteilung Soziales Biel

Meier Ester, Leiterin Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz Bern

Steger Simon, Dozent und Projektleiter, Fachbereich Soziale Arbeit, Berner Fachhochschule

Stettler Sandro, Abteilungsleiter Soziale Dienste Wohlen

Wolffers Felix, Leiter Sozialamt Stadt Bern (bis Mai 2020)

Bern, März 2020 / Der Vorstand



Anhang

Organisation Vorstand BKSE (Stand März 2020)

Ressort bzw. Funktion	Mitglieder	Inhalte
Co-Präsidium	Daniel Bock Thomas Michel	Öffentlichkeitsarbeit, Koordination, Planung, Strategie, Personal
Geschäftsstelle BKSE	Melanie Wyss (mit beratender Stimme)	Koordination und Administration
Individuelle Sozialhilfe	Thomas Michel <i>Barbara Diethelm Stv., Vertreterin Emmental</i> Felix Wolffers, Daniel Läderach, Vertreter Bern Mittelland Süd, Caroline Jean- Quartier, Vertreterin Berner Jura	
Institutionelle Sozialhilfe	Urs Hofer , Vertreter Bern, <i>Stv. ad hoc</i> Heinz Lüthi, Vertreter Seeland, Kurt Berger, Vertreter Oberland, Markus Bieri, Thomas Egger	Inkl. Asylwesen
Kindes- und Erwachsenenschutz	Daniel Bock <i>Bruno Bianchet Stv.,</i> Ester Meier, Béa Aerni, Sandro Stettler, Daniel Frei, Vertreter Oberaargau	
Weiterbildungen	Thomas Egger <i>Stv. ad hoc</i> Simon Steger, Markus Bieri	inkl. Vorlagen,
IT	Sandro Settler <i>Stv. ad hoc</i> Daniel Läderach, Markus Bieri, Daniel Frei,	IT/Fallführungssysteme etc.
Handbuch Sozialhilfe	Melanie Wyss <i>Nathalie Mewes, Rechtsdienst Sozialamt Bern</i> Cornelia Burn, Vertreterin Oberland Ariane Fleury, Vertreterin Berner Jura David Gilbert, Vertreter Seeland Regine Liechti, Vertreterin Emmental Rahel Hostettler, Vertreterin AIS Anita Martinelli, Vertreterin Oberaargau Ursula Schnyder, Vertreterin Bern Mittelland Süd Simon Vögeli, Vertreter Bern	Laufende Überarbeitung der Stichwörter
Ansprechperson für Finanzfragen	Co-Präsidium Thomas Michel	MV-Präsentation der Finanztraktanden

Fett = Leitung

Kursiv = Stellvertretung / Assistenz